



böhlau

ANTON PELINKA

DIE UNHEILIGE ALLIANZ

DIE RECHTEN
UND DIE LINKEN
EXTREMISTEN
GEGEN EUROPA

böhlau

Anton Pelinka

Die unheilige Allianz

Die rechten und die linken Extremisten gegen Europa



2015

Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

Gedruckt mit Unterstützung durch

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://portal.dnb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

© 2015 by Böhlau Verlag GmbH & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig.

Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Palli & Palli, Innsbruck
Druck und Bindung: Prime Rate Kft., Budapest
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79574-2

Inhalt

Vorwort	9
---------------	---

| Kapitel 1

Europa – jenseits der Nationalismen	11
Gegen Verteidigungsgemeinschaft und Verfassungsvertrag	12
Patriotismus schlägt Internationalismus	17
Die Hartnäckigkeit der nationalistischen Bilder	21
Das verlorene Proletariat	25

| Kapitel 2

Europa, Demokratie und Extremismus	28
Extremismus	30
Extremismus links und rechts: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	35
Die EU als Produkt der politischen Mitte	38

| Kapitel 3

Nationalismus oder Solidarität?	44
Die Konstruktion der Nation	45
Die Dekonstruktion der Nation	48
Fundamentalismus: die Lust an der Differenz	50
Der Nationalstaat: eine gefährdete Erfolgsbilanz	53

| Kapitel 4

Die Europäische Union – Politik als „Piecemeal Engineering“	56
Wachsende Ungleichheit? Ja, aber	57
„Neoliberalismus“ und Souveränitätsverlust	60
Die EU als Versuch der Wiederherstellung der Politikfähigkeit	63
„Demokratiedefizit“ und andere Vorwände	66

| Kapitel 5

Extremismus als Realitätsverweigerung	71
Die Unterschätzung der liberalen Demokratie	72
Freimaurer, Objekte totalitärer Paranoia	76
Die Paranoia des Antizionismus	79
Die Sehnsucht nach Eindeutigkeit	82

6 | Unheilige Allianz

Kapitel 6	
Die Union als Anti-Utopie	86
Sartre und de Beauvoir, Camus und Cohn-Bendit.	88
Verächtlichkeit wird zur brutalen Verachtung	91
Wider die Komplexität der Demokratie, wider die Komplexität Europas	96
Extremismus als unzulässige Vereinfachung	99
Kapitel 7	
Der Westen – was sonst?	103
Weil nicht sein kann, was nicht sein darf	105
Der Siegeszug des Westens	108
Antiamerikanismus, Antikapitalismus, Antisemitismus	109
Europa, eine der Säulen des Westens	114
Kapitel 8	
Die Erfolge Europas	117
Frieden, Freiheit, Wohlstand	118
Das Ende der Erfolgsbilanz?	122
Der langsame Abschied von der Nationalstaatlichkeit	125
Die Europäisierung von Europas Erfolgsmodell	127
Kapitel 9	
Die (Un)Fähigkeit zu lernen	130
Friede ist nicht Friede ist nicht Friede	133
Deutschland ist nicht Deutschland ist nicht Deutschland	135
Europa ist nicht Europa ist nicht Europa	139
Kapitel 10	
Europa Ethnica – oder ein vereintes Europa	143
Vom Untergang des Abendlandes	144
Antizionismus, Antisemitismus?	149
Gescheiterte Alternativen	152
Kapitel 11	
Die Schwierigkeiten mit dem Volk	155
Das Volk: Wer ist ausgeschlossen?	156
Der Populismus der Privilegierten	159
Demos oder Ethnos	162
Ein postnationales Europa?	166

Kapitel 12	
Europa im Streit der Visionen	169
Die Re-Nationalisierung des Leninismus	170
Die Europäische Union als Re-Politisierung	176
Die Europäische Union, Demokratie ohne „demos“?	178
Die EU als Laboratorium von „global governance“ und „global government“	180
 Literatur und Quellen	 184
Sachregister	191
Namensindex	196

VORWORT

“The main barrier is...the Christian religion as it then was: the matrix and law of medieval life, omnipresent, indeed compulsory. Its insistent principle that the life of the spirit and the afterworld was superior to the here and now, to material life on earth, is one that the modern world does not share, no matter how devout some present-day Christians may be. The rupture of this principle and its replacement by belief in the worth of the individual and of active life not necessarily focused on God is, in fact, what created the modern world and ended the Middle Ages.”

(Tuchman 1978, XIX)

Die Moderne ist die Abkehr von diesem transzendentalen Absolutheitsanspruch, der auf einem empirisch nicht überprüfbaren Glauben beruht. Die Moderne ist die Geburt der Relativität, des Vorranges der Verantwortungsethik gegenüber der Gesinnungsethik. Aber dieser Durchbruch der Moderne provozierte auch die Sehnsucht nach der Eindeutigkeit und dem Absoluten, nach der Utopie, nach der Perfektion. Die Einigung Europas ist ein Schritt auf dem Weg der Moderne, der Weiterentwicklung der Aufklärung. Die Europäische Union als ein rationales, auf der Erfahrung der Zerstörungskraft des Nationalismus aufbauendes Gebilde. Die Wirklichkeit der Union zersetzt das Bild von der Souveränität des Nationalen und der Nationalstaaten. Die Integration Europas war ein weiterer Schritt weg von dem, was Barbara Tuchman als die emotional übersteigerte Scheingewissheit des Mittelalters bezeichnete.

Als 1755 ein Erdbeben, gefolgt von einem Tsunami, Lissabon zerstörte, wurde diese Vernichtung einer europäischen Metropole vielfach gedeutet – vor allem auch als Strafgericht Gottes. Ähnliche Erklärungsmuster finden wir auch noch im 21. Jahrhundert. So brachte ein katholischer Erzbischof die Verwüstungen, die der Hurrikan Katrina 2005 in New Orleans anrichtete, in kausalem Zusammenhang mit der Sexualmoral, der Vernachlässigung der Familie, dem Drogenkonsum und den Abtreibungen. (Shrady 2009, 209)

Diese Lust, Unerklärliches metaphysisch erklären zu wollen, ist gerade nicht der Ansatzpunkt des Prozesses der europäischen Integration. Hinter dem Prozess der Integration steht die rational entwickelte Einsicht in die Ursachen der europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts und ein ebenso rationales Konzept der politischen Prävention – das „Nie wieder“. Die Rationalität des neuen, sich in der EU manifestierenden Europa ist die Absage an die Emotionalität, die den Rezepten der Vergangenheit eigen war. Diese Nüchternheit, diese Kopflastigkeit, diese Anti-Mystik der EU ist die Stärke dieses neuen Europa. Aber dadurch verstört und stört dieses Europa die Sehnsucht nach einer Politik der Gefühle. Diese Sehnsucht drückt sich im aktuellen Antimodernismus aus, der auf der politischen Rechten offenkundig, auf der politischen Linken versteckt existiert.

Der Antimodernismus der extremen Rechten ist der Widerspruch zum Säkularen, das mit der Aufklärung ursächlich verbunden ist. Der Antimodernismus der extremen Linken ist ein indirekter, der sich nicht gegen die Aufklärung, sondern gegen deren – vermeintliches – Ungenügen richtet. Die Europäische Union ist ja Ausdruck des Vorranges der Relativität. Ihre Vorzüge erschließen sich im Vergleich mit dem Europa, das einmal war, und nicht im Vergleich mit einem Europa, das aus den Träumen von einer perfekten Gesellschaft konstruiert wird. Die extreme Rechte tritt dem sich einigenden Europa mit prinzipieller Unversöhnlichkeit gegenüber. Den Ansprüchen der extremen Linken kann es dieses Europa niemals recht machen.

Dieses Buch unterstreicht die Tradition, in der die europäische Integration als ein als dauerhaft angelegter Prozess steht: Es ist die Geschichte der allmählichen Erhellung gesellschaftlicher, politischer Zusammenhänge durch die Erfahrung; durch die Vernunft, die der Erfahrung ein Korsett zur Verfügung stellt; durch die Fähigkeit, aus Katastrophen und Fehlschlägen zu lernen. In diesem Sinne ist das Buch der Aufklärung verpflichtet.

Dieses Buch beschreibt aber auch und vor allem die Widerstände, die dieses sich einigende Europa provoziert. Die Gegnerschaft des rechten wie auch des linken Extremismus, auf die das Projekt Europa stößt, ist kein Zufall. Hinter dieser Allianz der Extreme stehen Gemeinsamkeiten, die nicht eingestanden, die nicht wahrgenommen werden. Diese Gemeinsamkeiten verbinden die extreme Linke und die extreme Rechte – allen sonst ebenfalls zu beobachtenden Antagonismen von rechts und links zum Trotz. Diese Gemeinsamkeiten äußern sich immer wieder tagespolitisch – wenn es etwa 2014 darum geht, die Politik der Russischen Föderation gegenüber der Ukraine zu kritisieren – oder aber die Kritik gegen die EU (und die USA) zu wenden. Und diese Gemeinsamkeiten haben das Potential, das erfolgreich gestartete Projekt eines einigen Europa nicht nur aufzuhalten, sondern auch zu zerstören – wider alle Erfahrung, wider alle Vernunft.

Das Manuskript des Buches ist im Zusammenhang mit einem Aufenthalt am Internationalen Forschungszentrum Kulturwissenschaften (IFK) in Wien entstanden, den ich im Rahmen eines „sabbatical“ 2012/13 als Fellow dort verbringen konnte. Die Grundlagen für das Manuskript drücken aber auch und vor allem meine Erfahrungen aus, die ich durch meine Lehr- und Forschungstätigkeit seit 2006 an der Central European University (CEU) in Budapest gewinnen konnte. Der CEU und dem IFK gilt daher mein besonderer Dank.

Dieser Dank gilt ebenso ausdrücklich Ellen Palli, die in nunmehr viele Jahre wählender Zusammenarbeit für die technische Seite zuständig war – damit aus einem Manuskript ein Buch wird.

Budapest, Wien, Innsbruck – Juni 2014

EXTREMISMUS ALS REALITÄTSVERWEIGERUNG

Die Demokratie, wie sie die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auszeichnet, wird von der extremen Linken mit ganz anderen Argumenten kritisiert als von der extremen Rechten. Werfen die einen dieser Demokratie vor, im Formalen stecken zu bleiben und sich nicht an die wahren Machtstrukturen einer kapitalistisch geprägten Wirtschaftsordnung heranzuwagen, sehen die anderen nicht das mystisch und „organisch“ definierte Volk an der Macht, sondern nur solche, die vorgeben, es zu vertreten, es aber immer wieder im fremden Interesse verraten. Geht den einen die real existierende Demokratie nicht weit genug, weil sie nicht per se die ökonomische Machtfrage im Sinne einer radikalen Umverteilung stellt, ist den anderen die Demokratie grundsätzlich ein Fremdkörper, den Völkern Europas im Interesse irgendwelcher amerikanischer oder globaler Machtzentralen aufgezwungen.

Beiden Extremismen ist gemeinsam, dass sie das mühsame Ringen um Kompromisse, die schwierigen Kalküle der Strategien zur Herstellung von Mehrheiten ablehnen. Zwar ist es nach 1945 in Europa kaum möglich, gegen die Demokratie schlechthin zu sein. Aber die Demokratie, wie sie nach den Transformationen von 1945, 1974/75 und 1989/90 in Europa die dominante Ordnung des Politischen ist, lehnen sie mehr oder minder explizit ab: weil sie bloß „Formaldemokratie“ sei und nicht die „wahre Demokratie“. Dass die Demokratie heute offenbar in Europa nicht mehr durch eine in sich schlüssige Antithese in Frage gestellt wird – wie bis 1989 durch die „Volksdemokratien“ marxistisch-leninistischer Prägung –, wird zwar kaum bestritten. Aber das Scheitern der historischen Alternativen – der Faschismen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und des Sowjetkommunismus zwischen 1917 und 1989 – wird kaum als historischer Triumph der durch politischen Pluralismus, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit gekennzeichneten Demokratie von heute akzeptiert.

Beide Extremismen haben ihre Wurzeln in der Ablehnung der Aufklärung: Den einen, der Rechten, war die Aufklärung von grundlegendem Übel, an dem die „organische“, ständische Ordnung von Mittelalter, Monarchie und Einheit von Staat und Kirche zerbrochen ist. Den anderen, der Linken, war die Aufklärung ein nicht eingelöstes Versprechen, ein Opium, das die Menschen fortschrittsläufig machte, ohne dass der in

der Niederwerfung der Revolutionen (etwa der Pariser Commune von 1871) verhinderte Fortschritt tatsächlich stattfinden durfte.

Der Kulturpessimismus Oswald Spenglers und Martin Heideggers steht für die intellektuelle Seite der gegen die Aufklärung gerichteten, politisch wohl „rechts“ einzuordnenden Variante europäischen Denkens. (Spengler 1920; Altwegg 1988) Die Vorstellung, die Welt wäre nicht nur rational zu begreifen, sondern auch zu gestalten, zu verändern, ist diesem Kulturpessimismus entweder fremd – oder er sieht dieses Veränderungspotential als Bedrohung. Der lineare Fortschrittsglaube des Marxismus-Leninismus hingegen sieht die Zukunft nicht nur vorgezeichnet, sie führt auch zu den Höhen einer paradiesisch gemalten Endgesellschaft. Dem Kulturpessimismus rechten Denkens steht der Kulturoptimismus linken Denkens gegenüber. Beiden gemeinsam ist freilich, dass sie Schwierigkeiten mit der Offenheit der Geschichte haben – und damit mit der Offenheit der liberalen Demokratie.

Die totalitären Traditionen, die mit dem linken wie auch dem rechten Extremismus zumindest indirekt verbunden sind – Stalinismus und Nationalsozialismus –, waren freilich von einem Gestaltungsoptimismus bestimmt. Das System Stalins und das System Hitlers zeichneten sich durch ein systematisches „Social Engineering“ aus. Durch zentral verordnete Eingriffe in die Gesellschaft sollten die traditionellen Strukturen einer durch Familie und religiöse Gemeinschaft bestimmten Sozialisation zerstört und von einer politisch gesteuerten, von der Einheitspartei beherrschten „Formung“ der Menschen ersetzt werden. Das Ergebnis sollte ein „neuer Mensch“ sein. (Geyer, Fitzpatrick 2009, 231–344) Dass diese Vision eines neuen Menschen im einen Fall einer „rassisch“ konstruierten Überlegenheit in letzter Konsequenz in eine biologisch vorgegebene Ausmordung oder Versklavung der als unterlegen fingierten anderen „Rassen“ bedeutete, während im anderen Fall der neue Mensch letztendlich in einer paradiesischen Endgesellschaft in vollendeter Freiheit und Gleichheit leben sollte, macht einen entscheidenden Unterschied zwischen diesen Visionen. Gemeinsam freilich ist diesen Phantasien die Flucht aus der komplexen Realität einer Gesellschaft, die nicht von einem einzigen Gegensatz (dem der „Rassen“ oder dem der Klassen) bestimmt ist, sondern von einander vielfach überkreuzenden Bruchlinien. Die im Extremismus des 21. Jahrhundert fortlebenden totalitären Traditionen sind eine Flucht aus der Komplexität.

Die Unterschätzung der liberalen Demokratie

Adolf Hitler hatte für die Demokratie, die er – aus der Sicht seiner Zeit nicht ganz unverständlich – vor allem mit den USA, mit Großbritannien und eingeschränkt auch mit Frankreich gleichsetzte, vor allem eines übrig: Verachtung. Er hielt die westlichen Demokratien letztlich nicht für fähig, im sozialdarwinistischen Kampf der Rassen und Völkern zu bestehen. Das war die Grundlage für seine Fehleinschätzung: Nachdem Großbritannien und Frankreich 1938 in München nachgegeben und die demokratische Tsche-

chslowakei fallen gelassen hatten, glaubte er, 1939 bei seiner Aggression gegen Polen mit demselben Muster westlichen Nachgebens rechnen zu können. Der Hitler-Stalin-Pakt kam hinzu: Hitler setzte auf die ihm eher vertraute Bereitschaft und Fähigkeit des anderen totalitären Herrschers zu überraschenden Weichenstellungen. Die westlichen Demokratien schienen ihm ganz einfach zu „dekadent“, zu „weich“, um dem deutschen Griff nach der Beherrschung ganz Europas wirksam entgegenzutreten zu können. (Lukacs 2002, 128–175)

Als sich 1945 das Schicksal des „Dritten Reiches“ dem Ende zuzuneigen begann, deuteten die Granden des Großdeutschen Reiches die sich abzeichnende Niederlage als den Erfolg einer „Rasse“, eines Volkes, das sich dem deutschen Volk letztlich als überlegen erwiesen hätte – und nicht der Demokratie. Die generelle Einstellung der Führung des nationalsozialistischen Deutschland war, falls ihr System untergehen sollte, würde in einer apokalyptischen Götterdämmerung eine ganze Welt untergehen. (Evans 2009, 679–713) Und als 1946 in Nürnberg die noch Lebenden der obersten Führungszirkels des NS-Systems zum Galgen geschleppt wurden, drückten einige von ihnen die Überzeugung aus, ihre Niederlage sei der Sieg des „Bolschewismus“ und die Demokratien seien dazu verdammt, den sich abzeichnenden Konflikt zwischen ihnen und der Sowjetunion zu verlieren.

In ihrer Fremd- und Selbstwahrnehmung neigten die führenden Nationalsozialisten dazu, den Weltkrieg als Auseinandersetzung zwischen ihrer Form des Totalitarismus und dem Totalitarismus à la Stalin zu sehen. Das kam einer zähneknirschenden Hochachtung gleich. Wenn schon nicht dem einen Totalitarismus die Zukunft gehören konnte, dann musste es der andere sein. Dass die Zukunft der Demokratie des Westens gehören konnte, war den Nationalsozialisten ebenso fremd wie den deterministisch an die Zukunft glaubenden Führern des Sowjetimperiums. Das drückte sich in der Propaganda während des Zweiten Weltkriegs aus – dieser wurde als Entweder-Oder gezeichnet, in dem die eben nicht quasi-religiöse Demokratie keinen Platz hatte. (Geyer, Fitzpatrick 2009, 345–441)

Das Ignorieren des Eigenwertes der Demokratie kommt auch in der inflationären Faschismus-Rhetorik der extremen Linken nach 1945 zum Ausdruck. In bewusster oder unbewusster Fortsetzung der grotesken „Sozialfaschismus“-Propaganda der Komintern in den 1930er Jahren, die auch die Sozialdemokratie faschistisch punzierte (Priestland 2009, 186), waren für linksextremistische Gruppierungen in Europa auch nach 1945 alle, die sich ihrem Verständnis von Politik und Gesellschaft nicht anschließen mochten, „Faschisten“. Das galt etwa für die Sympathisanten und Aktivisten der gewaltorientierten „Rote Armee Fraktion“ in (West-)Deutschland. Alle, die sich ihrem phantastischen Weltbild entgegenstellten, wurden zu „Faschisten“. Und damit ignorierte diese Form des Linksextremismus bewusst die ja nach 1945 eindrucksvoll belegte Gestaltungsfähigkeit westlicher Demokratie – wie dies auch der mangelnden Einsicht der führenden Nationalsozialisten gerade in ihrer katastrophalen Niederlage entsprach.

Das hatte schon um 1968 begonnen, als eine systemkritische Bewegung – oft als „Neue Linke“ oder „Außerparlamentarische Opposition“ bezeichnet –, sich als herr-

schaftsfreie Alternative zur nur zu oft undifferenziert als „faschistisch“ oder „faschistoid“ denunzierten Realität der unfertigen, fehlerhaften, aber insgesamt doch erfolgreichen liberalen Demokratie positionierte. Dem rhetorischen Antifaschismus entsprach aber eine durchaus traditionelle Vorstellung von den Geschlechterrollen. Die Avantgarde des sozialistischen Fortschritts war in ihrer alltäglichen Praxis von Männern dominiert, die Rolle der Frauen wurde in einer bei anderen wohl als „faschistoid“ bezeichneten Art und Weise politisch drittrangig gesehen. (Aly 2008) Die Erfolge der deutschen Demokratie, nach 1945 unter dem Einfluss der westlichen Alliierten ermöglicht, wurden von den linksradikalen Utopisten ähnlich mit Verachtung abgetan wie die liberale Demokratie generell in den Augen der NSDAP und des Marxismus-Leninismus nur Fassade sein konnte.

Dass es auch nach dem ruhmlosen Ende in der Reichskanzlei und der bedingungslosen Kapitulation ein Deutschland geben könnte, dass dieses Deutschland bald wirtschaftlich aufblühen würde und sich in die internationale und speziell in die europäische Staatengemeinschaft als ein demokratischer Staat neben anderen demokratischen Staaten einfügen vermochte; dass eine nach dem Modell westlicher Demokratien errichtete Bundesrepublik Deutschland zu den Betreibern einer europäischen Integration werden könnte, die nicht den Erfolg von Extremismus und Totalitarismus, sondern den von politischer und wirtschaftlicher Liberalität ausdrücken würde – ein solches Denken war der Führungselite des „Dritten Reiches“ fremd, musste fremd bleiben, weil es die Prämisse des Nationalsozialismus zerstört hätte: das Axiom von der grundlegenden Schwäche und der Dekadenz westlicher Demokratie.

Adolf Hitler überschüttete in den Gesprächen in seinem innersten Kreis immer wieder Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt mit Hasstiraden. Diese Ausbrüche waren offenkundig authentisch, sie repräsentierten das Denken Hitlers. In seinen westlichen Gegenspielern sah der Führer Großdeutschlands die Antithese zu seiner irrationalen Weltsicht. Josef Stalin brachte Hitler hingegen so etwas wie Respekt entgegen, jedenfalls nicht persönlichen Hass. Hitler und Stalin akzeptierten einander als Akteure derselben Liga der Geschichte. (Lukacs 2002, 145–147, 163 f.; Evans 2009, 175) Dass Josef Stalin im August 1939 beim Empfang für Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop einen Toast auf Hitler ausbrachte – auf den Führer des Deutschen Volkes, den dieses liebte und schätzte, war zwar auch und wesentlich Teil der diplomatischen Spiele, mit der die sowjetische Führung glaubte, die aggressiven Energien Hitler-Deutschlands von sich ablenken zu können. Aber hinter diesem Toast ist wohl auch eine Art Respekt zu vermuten.

Doch auch bei Stalin lässt sich – in Analogie zu Hitler – eine Unterschätzung der Mobilisierungskraft der Demokratien des Westens beobachten. Langfristig, so der Schüler Lenins, müsste der mit der Ordnung des Kapitalismus gleichgesetzte Westen den fortschrittlichen Kräften des globalen Kommunismus unterliegen. Stalin war zwar in seiner Einschätzung der Erfolgchancen des von der Sowjetunion angeführten globalen Klassenkampfes um einiges vorsichtiger als Leo Trotzki: Stalin vertrat ja auch das geostrategisch relativ zurückhaltende, abwartende Konzept des „Sozialismus in einem

Staat“, das auf ein Hinausschieben der Weltrevolution hinauslief. (Montefiore 2005, 36 f.) Doch dass sich am Ende des Ost-West-Konfliktes die westliche, die liberale Demokratie als Sieger im Wettbewerb der Systeme herausstellen würde – das war Stalin fremd. Das stand dem Geschichts- und Weltbild des Marxismus-Leninismus jedweder Spielart auch diametral entgegen.

Die Reaktion Stalins auf den deutschen Überfall auf die UdSSR zeigt, dass er einen Erfolg des anderen totalitären Systems seiner Zeit offenbar eher für möglich hielt als den Erfolg der westlichen Demokratie. Am 23. August 1939 hatte er – beim Besuch Joachim von Ribbentrops in Moskau – ganz offen seinen Respekt und seine Hochachtung für Hitler ausgedrückt. (Montefiore 2005, 311) Das konnte man noch als taktisches Manöver abtun und unter diplomatische Courtoisie verbuche. Doch als am 22. Juni 1941 die deutsche Wehrmacht über die Sowjetunion herfiel, reagierte Stalin gelähmt, depressiv, fast resigniert. Tage hindurch konnte er sich zu keiner klaren Erklärung aufraffen. Er überließ es Molotov, über den Rundfunk die sowjetische Bevölkerung zu informieren. Im Kreml, im innersten Zirkel der Macht, sprach er davon, das Erbe Lenins sei verspielt. Und als er sich – endlich – am 3. Juli in einer Rede an die Menschen seines Imperiums wandte, wirkte seine Stimme ungewöhnlich gedämpft. (Montefiore 2005, 363–378) Stalin hatte vor Augen, dass der große Sieger im Wettstreit der Systeme Hitlers Deutschland sein könnte.

Die beiden totalitären Systeme waren sich in ihrer Fehleinschätzung der Stärke des Westens – definiert als pluralistische Demokratie und marktwirtschaftliche Ordnung – letztlich einig. Ging der Nationalsozialismus von einer kruden, die Wirklichkeit verleugnenden Sicht eines biologisch definierten Herrenmenschentums aus, in dessen Verständnis eine auf universellen Menschenrechten aufbauende politische Freiheitsordnung nur Ausdruck eines dem Untergang geweihten Systems sein konnte, so war die Fehleinschätzung des Sowjetkommunismus zwar weniger intellektuell grobschlächtig, weniger dumm, weniger irrational – aber es handelte sich um eine in der Substanz analoge Fehleinschätzung: Der Demokratie des Westens wurde auf Dauer keine die Welt bestimmende Zukunft zuerkannt. Lenin wollte den Westen begraben – dessen Wirtschaftsordnung war mit Geschichtsnotwendigkeit dem Untergang gewidmet, und dessen politische Ordnung hatte für Lenin keinen Eigenwert. Lenin sorgte dafür, dass die auf der Grundlage der Februarrevolution 1917 gewählte verfassungsgebende Versammlung Russlands auseinandergejagt wurde – eine Politik, die seiner Verachtung des freien und gleichen Wahlrechts entsprach. (Service 2010, 331, 336) Und noch Chruschtschow ging davon aus, der Sowjetkommunismus werde in relativ kurzer Zeit im Wettbewerb der Systeme den Westen besiegen: Chruschtschows die Realität ignorierender Optimismus, die Sowjetunion werden den Westen überholen, war ein Argument, das seine innerparteilichen Gegner 1964 beim Sturz des Generalsekretärs nutzten. (Fursenko, Naftali 2006, 537 f.)

Die beiden totalitären Systeme wurden Opfer ihrer Gewissheit, mit der sie glaubten, die gesellschaftliche Entwicklung vorhersehen zu können. Die Offenheit einer Gesellschaftsordnung, die sich nicht anmaßte, die Zukunft zu kennen, war beiden Extremismen fremd. Der Westen, definiert als liberales Politik- und Wirtschaftssystem, erwies

sich letztendlich sowohl dem Nationalsozialismus und den anderen Faschismen diverser Spielarten überlegen als auch den Systemen sowjetischen Typs. Die Demokratie, von den totalitären Diktatoren des 20. Jahrhunderts maßlos unterschätzt und als „Formaldemokratie“ und bloße Fassade abgetan, überwand beide ihrer Gegner.

Dieses Resümee der Geschichte des 20. Jahrhunderts ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Offenheit keine Garantie für einen weiteren Siegeszug des Westens. Dieser kann durchaus Opfer von Entwicklungen des 21. Jahrhunderts werden, von Entwicklungen, deren Wurzeln noch nicht bekannt sein mögen. Aber so lange China ökonomisch und Indien politisch, solange die dynamischen Gesellschaften Asiens und Lateinamerikas und auch Afrikas dem Westen nacheifern und damit selbst zum Westen werden, solange ist die Zukunft des Westens nicht in Gefahr.

Dass dies viele im Westen, in Europa zu stören scheint, mag paradox wirken. Aber offenbar gibt es die Neigung, abgeschlossene Geschichtsperioden gedanklich wieder zu öffnen – weil nicht sein darf, was nicht sein kann. Dass der Marxismus-Leninismus gescheitert ist, und zwar auch in seiner maoistischen Spielart, scheinen viele derjenigen nicht akzeptieren zu können, die dieser Utopie anhängen. Dass der Westen nicht untergegangen ist, dass er weder von Lenin noch von Mao begraben wurde, ist für viele der Anlass, den Untergang des Westens immer wieder und aufs Neue zu prognostizieren. Und diese Neigung, die Systemkonflikte des 20. ins 21. Jahrhundert hineinzutragen, beflügelt offenkundig diejenigen, die den Sieg des Westens im vorigen Jahrhundert als Niederlage empfinden – als Niederlage der intellektuell unsinnigen, in ihrem menschenmörderischen Charakter erstmaligen Rassendiktatur; oder auch als Niederlage der klassenlosen, perfekten Endgesellschaft, die sich partout nicht einstellen wollte. Das Europa der Union erinnert an die Niederlagen der Feinde des Westens. Und das können viele diesem Europa nicht verzeihen.

Freimaurer, Objekte totalitärer Paranoia

Dass der Westen und die pluralistische Demokratie nicht die bestimmende Ordnung der Zukunft wären, war – jedenfalls in der Sicht des biologisch begründeten Nationalismus – die Folge des Missverstehens der Moderne und insbesondere der Aufklärung. Damit im Zusammenhang steht die affektgeladene, neurotische Feindschaft gegenüber dem ideengeschichtlichen Phänomen, das – nicht ganz zu Unrecht – mit der Aufklärung in Verbindung gebracht wurde: die Freimaurer.

Freimaurer waren für die Kräfte des Absolutismus ein Feindbild – vor allem der katholischen Länder. Im 18. und 19. Jahrhundert war es vor allem die Katholische Kirche, die in den Logen ein Zentrum sowohl antikatholischer wie auch demokratischer Bestrebungen sah. Freimaurer spielten in den Verschwörungstheorien dieser Zeit eine wesentliche Rolle. In den katholischen Ländern Europas verschmolzen, in den Augen der Anhänger vor- und antidemokratischer Regime, „die Juden“ und „die Freimaurer“ zu

einer Einheit. Umberto Eco hat das tief in das 20. Jahrhundert hineinwirkende Gebräu aus abstrusen Verschwörungstheorien, Modernisierungsängsten und Ressentiments in seinem Roman „The Prague Cemetery“ literarisch auf den Punkt gebracht: In der Diabolisierung der Freimaurer fand die Ablehnung der Aufklärung einen ihrer Höhepunkte. (Eco 2011)

Die Ablehnung der Freimaurer und der Kampf gegen sie hatten verschiedene Ursachen. Die verschiedenen Logen waren vernetzt, und zwar grenzüberschreitend. Sie entzogen sich – jedenfalls vom Anspruch her – nationalen Zuordnungen. Sie waren daher – relativ – immun gegenüber den Nationalismen, die im Europa des 19. Jahrhunderts voll einsetzten.

Diese – relative – Immunität zeichnete auch die Katholische Kirche aus. Anders als die auf nationaler Grundlage errichteten Kirchen der Orthodoxie und des Protestantismus war und ist die Römisch-Katholische Kirche ihrem Wesen nach transnational, global. Die Freimaurerei und die Katholische Kirche wiesen somit Parallelen auf. Diese freilich begünstigten nicht ein Bündnis. Der transnationale Charakter der Katholischen Kirche und der Freimaurerei verhinderte nicht, dass die Katholische Kirche und die Freimaurer zu deklarierten Gegnern wurden – wie sich das in der bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts reichenden offiziellen Haltung der Katholischen Kirche äußerte, die Katholiken den Beitritt zu einer Loge ausdrücklich untersagte.

Der Grund lag sicherlich auch in der Konkurrenzsituation zwischen zwei jenseits staatlicher und nationaler Grenzen agierenden Organisationen. Der Grund für die Gegnerschaft war freilich auch und vor allem in der philosophischen und religiösen Lehre, auf der die Freimaurerei baute: Sie war geprägt von der Aufklärung und vom Deismus – von der Vorstellung eines göttlichen Wirkens, das im gesellschaftlichen Alltag den Menschen Freiheit zusprach und zumutete. Damit waren die Freimaurer in allen Staaten Europas und Amerikas prominent in den Bewegungen tätig, die den bürgerlichen Revolutionen des späten 18. und des 19. Jahrhunderts zumindest nahe standen.

Von den „Gründungsvätern“ der USA, die 1776 die Unabhängigkeitserklärung und 1787 die Verfassung der Vereinigten Staaten beschlossen, waren die meisten Angehörige von Logen. Die Philosophie der Freimaurer verkörperte die theologische Skepsis der Männer aus der Oberschicht der vormals britischen Kolonien; eine Skepsis, die zwar einen Atheismus nicht zuließ, die als einengend empfundenen Lehren der etablierten Kirchen jedoch weitgehend zurückwies. Die Freimaurerei war die Lehre, die den Interessen der sich vom britischen Mutterland revolutionär lösenden Besitzer von Plantagen und Handelshäusern entsprach. Die Philosophie der in Großbritannien Anfang des 18. Jahrhunderts entstandenen Freimaurerei kam auch der Neigung der Träger der amerikanischen Revolution entgegen, die Loslösung von der als Tyrannei empfundenen britischen Herrschaft als einen Akt der Befreiung zu sehen – verbunden mit einer globalen Botschaft. (Wood 2009, 50–52)

Der von den Puritaner, Quäkern und anderen in der Anfangsphase der britischen Siedlungen in Nordamerika unmittelbar religiös motivierte Missionierungseifer fand in der Freimaurerei eine zwar nicht areligiöse, aber weitgehend säkulare und damit über-

konfessionell vertretbare Entsprechung. Der von den ersten Siedlern – den „Pilgrims“ – formulierte Anspruch, Amerika wäre der „Beacon on the Hill“, der Leuchtturm, der anderen den Weg zu weisen hätte, lebte in der amerikanischen Freimaurerei in veränderter, säkularisierter Form weiter.

Die Katholische Kirche konnte, anders als die protestantischen Kirchen des späten 18. und des 19. Jahrhunderts, dies nicht akzeptieren. Die Kirche in Rom war ja auch die Kirche eines absolut regierenden Fürsten – des Papstes, des Herren über den Kirchenstaat. Als solcher sah sich der Papst durch Aufklärung und Menschenrechte, wie sie von der Freimaurerei vertreten wurden, massiv gefährdet. Papst Gregor XVI. verurteilte 1832 in aller Form das „absurde und falsche Prinzip“ der Gewissensfreiheit wie auch die „schädliche“ Freiheit der Presse. (Collins 2009, 435) Damit hatte sich die Katholische Kirche entschieden von dem Gedanken liberaler Grund- und Menschenrechte abgekoppelt – eine Distanz, die bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil gelten sollte. Verbunden mit dieser antidemokratischen Doktrin war auch implizit und explizit die Gegnerschaft zur Freimaurerei.

Diese Gegnerschaft kennzeichnete auch den Nationalsozialismus, der in der Freimaurerei ebenso einen transnationalen, einen internationalen Gegner sah wie in der Katholischen Kirche. Die Polemik der NS-Presse reihte Freimaurer in einem Atemzug mit Juden und Kommunisten unter die prinzipiellen Gegner des Regimes. Adolf Eichmann war, als er in der Hierarchie des Sicherheitsdienstes (SD) der SS aufstieg, nicht zufällig zunächst auch für die Beobachtung und Bekämpfung der Freimaurer zuständig, bevor er sich zum führenden Experten der „Judenfrage“ entwickelte. (Evans 2006, 227, 660) Die paranoide Bekämpfung der Freimaurer durch den Nationalsozialismus hatte eine gewisse Logik: Die Entstehung der Logen der Freimaurer war kausal mit der europäischen Aufklärung verbunden, und ihre grenzüberschreitende Vernetzung musste sie für das NS-Regime zum Feind machen.

Weniger verständlich – zumindest auf den ersten Blick – war, dass auch die kommunistischen Systeme Freimaurer als Feinde behandelten. Als unter maßgeblichem sowjetischem Druck in Ost-Mitteleuropa ab 1945 die einzelnen kommunistischen Parteien diktatorische Systeme sowjetischen Typs errichteten, wurden die Freimaurer als Feinde der als Revolution etikettierten Machtübernahme wahrgenommen. Die Logen entzogen sich, wie auch die Katholische Kirche, ihrem Wesen nach der direkten Kontrolle der Machthaber. Sie waren transnational vernetzt, und ihre traditionelle Verankerung in einer die liberalen Grundrechte betonenden Philosophie machte sie zu „reaktionären“ Gegnern des Regimes.

Innerhalb kurzer Zeit wurden im kommunistischen Herrschaftsbereich die Logen geschlossen, die einzelnen Freimaurer entweder durch eine Mischung aus Drohung und Anreizen zur Anpassung gebracht – oder als Gegner des Regimes verfolgt. (Applebaum 2013, 295–299) Das eine Motiv für die Unterdrückung der Logen war deren Festhalten an einer mit traditionellen Mitteln nicht leicht kontrollierbaren Autonomie. Das andere war die Transnationalität der Logen: Die Freimaurer Ost-Mitteleuropas waren 1945 und

danach eben nicht einfach nur einer Nationalität oder einer Doktrin oder einer Loyalität verpflichtet. Sie waren ihrem Wesen nach kosmopolitisch orientiert.

Das schloss freilich mit ein, dass die Konzeption der Menschenrechte, wie sie von den Freimaurern vertreten wurden, sich erst allmählich in Richtung Universalität zu entwickelt vermochte. Der Ausschluss von Frauen von den entscheidenden politischen Rechten drückte dies ebenso aus wie die Akzeptanz der Sklaverei in Amerika bis tief ins 19. Jahrhundert hinein. Die Freimaurer waren in der Beschränkung ihrer Freiheits- und Menschenrechtsvorstellungen Kinder ihrer Zeit. Doch sie waren kosmopolitisch orientiert, und in der Unterdrückung des Kosmopolitischen der Freimaurerei handelten die kommunistischen Regime wie das NS-Regime.

Die Paranoia des Antizionismus

Diese Analogie äußerte sich auch im offenen sowjetischen Antisemitismus in der Spätphase des Stalinismus. In den letzten Jahren seines Regierens begann Stalin immer offener mit einer Politik der Diskriminierung, ja der Verfolgung von Juden. Ein Höhepunkt zeichnete sich ab, als das stalinistische Regime eine Verschwörung von Ärzten konstruierte und damit eine zunehmend generell antisemitische Kampagne zu legitimieren versuchte. Nur der Tod Stalins verhinderte, dass die Jüdinnen und Juden in der UdSSR Verfolgungen erleiden mussten, die denen im NS-Regime wohl immer näher gekommen wären. (Montefiore 2005, 585–591) In dieser Phase verwendete auch der kommunistische Unterdrückungsapparat antijüdische Vorurteile – wie etwa in Polen oder in der Tschechoslowakei, wo im Prozess gegen Rudolf Slansky und andere prominente Kommunisten, denen mit dem Etikett „Kosmopoliten“ von der Anklagebehörde quasi ein Davidstern angeheftet wurde. (Applebaum 2013, 281–288) Eine verräterische Paradoxie: Kommunisten jüdischer Herkunft wurden von einer Partei, die sich in ihren Anfängen als die internationalste unter allen Parteien gab, mit dem Etikett „Kosmopoliten“ versehen und so als Vaterlandsverräter hingestellt, wie es durchaus dem Denken und der Wortwahl rechtsextremer Nationalisten entsprochen hätte.

Dass im Slansky-Prozess die jüdischen Angeklagten als „Kosmopoliten“ bezeichnet wurden, als vaterlandlose Gesellen also, hilft die Gemeinsamkeiten zwischen dem rechten und dem linken Extremismus verstehen. In einem dem Marxismus-Leninismus auch theoretisch verpflichteten System hätte der Vorwurf, über dem Vaterland eine kosmopolitische, eine transnationale Solidarität zu vertreten, ein Kompliment sein müssen. Nun mag es sein, dass im Diskurs der europäischen Linken niemand mehr den Stalinismus und den Terror des Slansky-Prozesses zu verteidigen versucht. Aber gerade bei einer marxistischen Sicht der Entwicklung in der Spätphase des Stalinismus kann es doch nicht reichen, den Antisemitismus Stalins und seiner Gehilfen als persönliche Irrwege abzutun. Dahinter stehen tiefere Ursachen. Dahinter steht eine Bereitschaft, die nach Jahrzehnten marxistisch-leninistischer Diktatur nicht überwunden und in bestimmten

Perioden instrumentiert und gestärkt wurde: die Bereitschaft, Menschen mit nationalen Etikettierungen zu versehen; das Bedürfnis, sich nationaler Stereotypen zu bedienen.

Der antizionistische Affekt der kommunistischen Parteien war nicht auf die stalinistische Phase beschränkt. In offenkundigem Zusammenhang mit dem militärischen Erfolg Israels im Sechstage-Krieg 1967 und in auffallender Parallelität zum „Prager Frühling“ – den Öffnungsbestrebungen des kommunistischen Regimes in der ČSSR – begann im Frühjahr 1968 in Polen eine Regierungskampagne, die protestierende Studenten als zionistische Agenten brandmarkte. Die Partei- und Staatsführung unter Władysław Gomułka öffnete die Schleusen zu einer Hetze, die letztlich alle Menschen jüdischer Herkunft mit einer erfundenen, phantastischen „Nazi-Zionistischen Verschwörung gegen Polen“ in Verbindung brachte. Die Folge war, dass die in Polen lebenden Jüdinnen und Juden – Überlebende des Holocaust und zu einem wesentlichen Teil überzeugte Kommunisten – aus Polen vertrieben wurden. (Shore 2013, 10, 172–187) Die kommunistische Herrschaft setzte mit den Mitteln der ethno-nationalistischen Säuberung fort, was die nationalsozialistische Herrschaft mit den Mitteln des industriell betriebenen Massenmordes zu erreichen versucht hatte: die Schaffung eines „judenfreien“ Polen.

Der Antisemitismus kommunistischer Parteien vor allem, aber nicht nur in der stalinistischen Spätphase ist selbstverständlich nicht mit dem auf die physische Vernichtung aller Menschen jüdischer Herkunft gerichteten Antisemitismus der NSDAP gleichzusetzen. Der Antisemitismus, wie er nach 1945 in der UdSSR, in Polen und in der Tschechoslowakei Teil kommunistischer Regierungspolitik war, stand im Widerspruch zu den theoretischen Ansprüchen des Marxismus; im Widerspruch zu der Vorstellung, dass der Sozialismus dem Nationalismus und mit ihm den nationalistischen und rassistischen Vorurteilen ein Ende bereiten würde. Der nationalsozialistische Antisemitismus hingegen war in voller Übereinstimmung mit dem biologischen Rassismus, der essentiell für das „Weltbild“ der NSDAP war. Kommunistische Regime agierten phasenweise antisemitisch – entgegen allem marxistischen Selbstverständnis. Der Nationalsozialismus war antisemitisch in Übereinstimmung mit seinem Selbstverständnis.

Umso mehr fällt es auf, dass es der in der europäischen Gesellschaft vorhandene Judenhass war, der nach 1945 zu einer partiellen Übernahme von Versatzstücken der NS-Politik durch die Politik der stalinistischen Regime führte. Der Antisemitismus, dessen absurde, auf der Konstruktion einer jüdischen „Rasse“ bauende Ideologie die wohl extremste aller Formen des Rechtsextremismus manifestiert, verband im 20. Jahrhundert rechte und linke Extremisten. Auf der Seite der extremen Linken lässt sich freilich eine Art schlechtes Gewissen beobachten. Dieses führt zum Phänomen des Antizionismus.

Dass Kritik an der Politik des Staates Israel selbstverständlich legitim ist, ist das eine. Dass diese Kritik aber – und das macht das Wesen des Antizionismus aus – Israel an Maßstäben misst, die speziell nur für Israel gelten, ist etwas anderes: Wenn die Bedrohung der Menschenrechte in Israel kritisch beobachtet, die Situation der Menschenrechte in den arabischen Nachbarstaaten aber mehr oder weniger ignoriert wird; wenn der israelische Militarismus aufmerksam verfolgt wird, der gegen Israel gerichtete Vernichtungswille des Iran und anderer islamischer Staaten „übersehen“ wird; wenn nationalistische

sche oder religiös-fundamentalistische Phänomene auf der einen Seite wahrgenommen, auf der anderen Seite aber ausgeblendet werden. Und das nimmt besonders paradoxe Züge an, wenn eine demonstrative Betroffenheit mit dem Holocaust zu einer spezifisch antiisraelischen Wahrnehmung führt – nach dem Motto, „die Juden“ hätten doch aus dem Holocaust etwas lernen müssen. (Broder 2012)

Der Antizionismus spielte auch im linksextremen Terrorismus eine Rolle, der sich in der Bundesrepublik Deutschland wie ein Schatten über die 1970er Jahre legte. Dass die Terroristen der Rote Armee Fraktion (RAF) sich in Ausbildungslagern der – damals jedenfalls – auf die Vernichtung Israels ausgerichteten palästinensischen Terrorgruppen ihr Handwerk aneigneten, dass sie das antizionistische Narrativ der ja nicht nur Gewaltorientierten, sondern an Demokratie und Menschenrechten demonstrativ desinteressierten Gruppen übernahmen, zeigt die zentrale Bedeutung, die dem Antizionismus für den Linksextremismus zukam und noch zukommt. (Kraushaar 2013) Die Lockerheit, mit der ein überall und wahllos gepredigter Antifaschismus sich für den Kampf gegen die Existenz des Staates der Juden instrumentalisieren ließ, sagt sehr viel über die intellektuelle und ethische Seriosität dieses Antifaschismus aus.

Die Einstellung zu Israel beschäftigt die europäische Linke intensiv. Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die diesbezügliche Bruchlinie innerhalb der Linken weitgehend der Bruchlinie entspricht, von der auch die Einstellung gegenüber der Europäischen Union bestimmt wird. (Shindler 2012) Die extremen, deutlich von Leninismus, Stalinismus und Maoismus beeinflussten Formen sehen Israel vor allem unter antiimperialistischen Vorzeichen. Der prinzipielle Kampf gegen Israel wird so zu einem Befreiungskampf. Für den Aufruf zum Kampf gegen die diversen Diktaturen im Nahen Osten reicht dieser antiimperialistische Impuls offenbar nicht. Dass die Freizügigkeit in der von Israel besetzten Westbank massiv eingeschränkt ist, wird in keinen vergleichenden Kontext zur Einschränkung der Freizügigkeit aller Frauen und aller Nicht-Muslime in Saudi-Arabien gesetzt. Dass in Israel die Umsetzung einer säkularen politischen Ordnung auf Schwierigkeiten stößt, weil sie mit einer fundamentalistischen Deutung des Judentums konfrontiert ist, wird nicht mit der Struktur des iranischen Gottesstaates verglichen. Israel wird als Judenstaat beurteilt und verurteilt. Für Israel gelten spezielle Maßstäbe, die eine Pseudo-Rechtfertigung für ein prinzipiell negatives Urteil liefern.

Damit aber übernimmt die antiisraelische, extreme Linke ein nationalistisches Deutungsmuster, das dem antinationalistischen Grundgedanken der Einigung Europas diametral entgegengesetzt ist. Das Europa der Union geht davon aus, dass es keine spezifische Sicht auf die Demokratiequalität der einzelnen Mitgliedstaaten geben darf; dass es keinen speziellen Maßstab für die britische oder die polnische oder die griechische Demokratie geben kann; dass Demokratie, dass Rechtsstaat und Menschenrechte national „blind“ zu sein haben.

Die im Antizionismus verhaftete extreme Linke ist eben nicht national blind; und das hilft auch verstehen, dass sie – in kognitiver Distanz zu ihren eigenen Ansprüchen – den Staat der Juden anders beurteilt als die Regime, die sich um Israel herum etabliert haben. Und die extreme Linke stört es offenkundig nicht, dass die Fixierung auf den Staat

der Juden – und nicht auf Unrechtsregime und die Verletzung von Menschenrechten schlechthin – sie in eine nicht übersehbare Nähe zur traditionellen Judenfeindschaft der extremen Rechten bringt.

Hier treffen sich die extreme Linke und die extreme Rechte: „Der Jude“ wird rechts als „Rasse“ konstruiert, um an ihm Besonderheiten festzustellen und ihn an Maßstäben zu messen, die für andere nicht gelten. Und links wird der Judenstaat als ein besonderer Staat gesehen, der aus Gründen abgelehnt wird, die für andere Staaten nicht gelten. Der Antisemit erfindet den Juden, um sich bestätigt zu fühlen. Der Antizionist erfindet das Besondere am Staat Israel, um ihn prinzipiell zu bekämpfen.

Die Sehnsucht nach Eindeutigkeit

Die liberale Demokratie, wie sie Grundlage der Europäischen Union ist, ist ergebnisoffen. Die festen Werte der Demokratie sind in Verfassungen und Grundrechten verbriefte. Die Ergebnisse der Demokratie können nicht vorausbestimmt und auch nicht vorausgesehen werden. Damit beantwortet die Demokratie Fragen nach der Zukunft nicht. Und damit enttäuscht die Demokratie alle, die Ungewissheit durch Gewissheit ersetzt sehen wollen.

Fundamentalismus, und damit indirekt Extremismus, sind Ausdruck von Gewissheit. Wer mit Sicherheit weiß, was die Zukunft bringt, muss mit Sicherheit alles ablehnen, was dieser Zukunftsvorstellung nicht entspricht. Fundamentalismus und Extremismus agieren auf der Grundlage eines scheinbar klaren, nicht verrückbaren Kompasses, der anzuzeigen scheint, wo und wie die Zukunft ist. Fundamentalismus und Extremismus glauben, einen solchen Kompass zu besitzen. Und natürlich sind die Richtungen, in die jeder Kompass – vermeintlich – weist, höchst unterschiedlich. Die extreme Linke ist nach wie vor auf eine perfekte Zukunft fixiert, in der die Gegensätze und Spannungen sich letztlich in einer Gesellschaft ohne Klassen und Nationen einfach verflüchtigen. Die extreme Rechte glaubt mit Sicherheit zu wissen, dass jede Überwindung der Differenzen zwischen Völkern und Nationen nicht möglich ist, weil sie der „Natur“ widerspricht. Für die extreme Linke können die Erfolge der europäischen Integration nie weit genug gehen, weil die gesellschaftlichen Widersprüche ja nicht aufgehoben, sondern nur modifiziert werden; für die extreme Rechte stimmt die ganze Richtung der Integration nicht, weil sie einer vermeintlich vorgegebenen und unverrückbaren Ordnung entgegengesetzt ist, in der Nation nicht Nation und Volk nicht Volk ist.

Es ist die Attraktivität von Eindeutigkeit, die zur Attraktivität der Totalitarismen führt. Eindeutigkeit erlaubt – subjektive – Sicherheit. Und es ist die Freiheit, von der die Bedrohung für die Sicherheit und damit für die Eindeutigkeit, die Gewissheit ausgeht. Karl Poppers „Offene Gesellschaft“ ist die Antithese zu dieser Eindeutigkeit. Und in Sigmund Freuds Zivilisationsanalyse wird auf der Ebene des Individuums eine analoge Gegenläufigkeit angesprochen: Freiheit wird oft nicht wirklich gewünscht, weil sie Ver-

antwortung bedeutet. Freiheit – individuelle wie auch gesellschaftliche, politische – steht dem Wohlgefühl entgegen, das mit der Zugehörigkeit zu einer geschlossenen Gesellschaft verbunden wird; einer Gesellschaft, die einer erfundenen Vergangenheit der Vormoderne entsprechen oder als utopische Zukunft konstruiert sein kann. (Magee 1985, 87–89).

Die Realität der Europäischen Union stört diese einander diametral entgegengesetzten Phantasien von Eindeutigkeit in einem Ausmaß, das die von der Demokratie schlechthin ausgelösten Irritationen noch übertrifft. Das komplexe Gebilde eines Parlaments, in dem sich nationale Konfliktlinien mit denen der europäischen Parteilfamilien und deren Fraktionen überkreuzen; die widersprüchliche Struktur des Rates, in dem national legitimierte Regierungsvertreter und -vertreterinnen Entscheidungen für ganz Europa treffen; die Kommission, deren kollektive Führung von nationalen Regierungen nominiert, aber vom Europäischen Parlament legitimiert und diesem verantwortlich ist; eine „gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, an deren Spitze eine Person steht, die nicht Außenminister(in) genannt werden darf, obwohl sie eine ist – und ein diplomatischer Dienst, der so nicht heißen darf: Das allein begründet die Versuchung, auch ohne eine extremistische Agenda in Vereinfachungen zu flüchten; wie in die grobe Vereinfachung vom bürokratischen Wasserkopf Brüssel, wo nicht gewählte Akteure sich anmaßen, über das Schicksal Europas zu entscheiden – Vorhaltungen, die entweder überhaupt nicht oder nur zum Teil der Realität entsprechen.

Das alles ist für die Medien, die ein Publikum zu bedienen haben, dessen Aufmerksamkeitsbereitschaft a priori eingeschränkt ist, schon schwierig genug. Und wenn dann noch eine bestimmte Intention dazu kommt – etwa die, die Fahne der nationalen Souveränität gegen „Brüssel“ hochhalten zu wollen, oder die, hoffnungslos von „neoliberalen“ Lobbyisten beherrschte Institutionen ständig als überfordert und/oder korrupt zu entlarven, dann ist die Europäische Union in einer medialen Defensive, aus der sie kaum herauskommen kann.

Die Opposition gegen die pragmatische Vernunft, die hinter dem Integrationsprozess steht, entspricht dem von Karl Popper beschriebenen Bündnis zwischen der „orakelnden Philosophie“ und dem „Aufstand gegen die Vernunft“. Dieses Bündnis baut auf einem „Mystizismus, der sich in Träume flüchtet“, und einer Philosophie, „die im Wortschwall ihr Heil sucht.“ (Popper 1992, 284). Der Mystizismus von Blut und Rasse – Kategorien, die erfunden wurden, um sich selbst als von der „Natur“ her überlegen fühlen zu können – und die Heil in Form einer erlösenden Synthese versprechende, dem Marxismus immanente Dialektik sind durch einander vollkommen entgegengesetzte Bilder von Mensch und Gesellschaft bestimmt. Dennoch sind beide Extreme durch ihre Gegnerschaft zu einer Union verbunden, die jedenfalls eines nicht ist – sie ist nicht perfekt. Die in der eingestanden Nicht-Perfektion ausgedrückte Offenheit können die zumindest latent fundamentalistischen Extremisten dem real existierenden Europa nicht verzeihen.

Es ist die Vorstellung, dass die Geschichte „Sinn“ macht, die zwischen der extremen Rechten und der extremen Linken eine Verbindung herstellt. Dem Nationalismus ist die Annahme inhärent, dass das eigene Volk, die eigene Nation einer Bestimmung folgt. Für den Marxismus ist es die Arbeiterklasse, die eine solche Bestimmung („destiny“) hat.

(Agassi 1999, 183) Beide sind nicht in der Lage, die vor allem auch von Popper vertretene Erkenntnis zu akzeptieren, dass die Geschichte eben keinen „Sinn“ macht. (Popper 1992, 304–328)

Die Vorstellung vom unbedingten Sinn der Geschichte ist Teil eines Glaubensbedürfnisses. Pavel Kohout, der in späteren Jahren zu den prominenten Dissidenten des kommunistischen Regimes in der ČSSR zählen und enge Verbindungen mit Vaclav Havel haben sollte, war in jungen Jahren ein begeisterter Kommunist. Zur Zeit des Slansky-Prozesses, als der stalinistische Terror 1952 seinen letzten Höhepunkt erreichte, schrieb der junge Kohout ein Gedicht. In diesem beschrieb er Stalin als einen, „der immer wusste, zu jedem Zeitpunkt, was jeder von uns hoffte, wofür jeder von uns lebt.“ Ein Jahrzehnt später – die Enstalinisierungskampagne Nikita Chruschtschows (Shore 2013, 114) hatte schon Jahre hindurch Wirkung gezeigt – erklärte Kohout, er schäme sich nicht wegen seines Glaubens, ob dieser nun den Namen Stalin trägt oder einen anderen. (Shore 2013, 116)

Der Glaube wird so zum Eigenwert. In diesem Sinn ist der Glaube an die Unfehlbarkeit Hitlers dem Glauben an die Unfehlbarkeit Stalins gleichzusetzen. Dass sich Kohout, der um 1963 bereits begann, auf kritische Distanz zur Linie seiner, der Kommunistischen Partei zu gehen, seinen Glauben auch losgelöst vom Inhalt dieses Glaubens rechtfertigte, unabhängig von dem ihm zu diesem Zeitpunkt bereits bekannten verbrecherischen Charakter des Stalinismus, weist auf ein quasi-religiöses Bedürfnis. Es ging Kohout wie auch den vielen anderen, die ihre individuelle Urteilsfähigkeit in einem mystischen Nebel an eine Partei delegiert hatten, um Eindeutigkeit, um Gewissheit. Die Sehnsucht danach kann die liberale Demokratie nicht befriedigen, weil sie den Menschen in die Eigenverantwortung wirft, für sich selbst immer wieder neu entscheiden zu müssen. Die liberale Demokratie, die Grundlage der Europäischen Union, setzt die Offenheit von Politik und Gesellschaft und damit auch die der Geschichte voraus.

Die Europäische Union ist ein Instrumentarium, mit der Offenheit der Geschichte umzugehen, ohne in die Falle der Gewissheit zu tappen. Durch die Bündelung nationaler Interessen wird die Union zu einer transnationalen Versicherungsgesellschaft: Der jedem politischen System immanente Interessenausgleich wird auf eine transnationale Ebene gehoben. Es entsteht eine Solidargemeinschaft europäischen Zuschnitts. Das, was am Beginn der Neuzeit der Nationalstaat indirekt versprochen und später auch in Form des demokratischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates über weite Strecken eingelöst hat, das ist die Aufgabe der Union.

Die Verwirklichung dieser Aufgabe setzt freilich eine grundsätzliche Solidaritätsbereitschaft auf der Basis einer gemeinsamen Identität voraus. Die extreme Rechte verweigert explizit eine solche Solidarität. Und die extreme Linke, verbal einer Solidarität verpflichtet, unterstützt durch ihr Beharren auf Perfektion, an der sie die Union misst, die Destruktivität der extremen Rechten. Für die extreme Rechte ist die mit transnationaler Solidaritätsbereitschaft notwendig verbundene Relativierung des Nationalen, des „Völkischen“ grundsätzlich von Übel. Die extreme Linke erspart sich die Zustimmung zu der von der Europäischen Union verkörpert Solidaritätsbereitschaft durch ein irreal

Beharren, dass zunächst die Wirtschaftsordnung Europas von Grund geändert werden müsste und Europa daranzugehen hätte, den von der extremen Linken der Union zugeschriebenen Kapitalismus zu überwinden.

Die Europäische Union kann ganz offenkundig nicht die Erwartungen von Fundamentalismus und Extremismus erfüllen. Sie kann dies und will dies auch gar nicht. Und damit kommt sie in Konflikt mit denen, die überall nach der heiligen Aufgabe suchen, die politischen Kreuzritter und Jihadisten der Gegenwart. Da die liberale Demokratie generell und die Europäische Union speziell sich nicht dafür eignen, zum positiven Subjekt heiliger Kriege zu werden, machen Extremisten sie zum negativen Objekt einer heiligen Sache. Gleichgültig, ob sie sich religiös verstehen oder nicht – sie agieren gedanklich in einer dichotomischen Gut-Böse-Welt des Entweder-Oder, in der Welt, in der die Formel gilt, dass gegen „uns“ ist, wer nicht für „uns“ ist. Der politische Extremismus ist der frühchristlichen Gnosis verwandt, nach der zwischen der „Civitas Dei“ und der „Civitas Mundi“ keine Zwischenposition möglich ist.

Die Wiedergeburt des byzantinischen, caesaropapistischen Staatskirchentums in der von der christlichen Orthodoxie geprägten Welt Osteuropas zeigt, wie resistent die Heilserwartungen sind: Sie haben in Russland, Rumänien, Bulgarien, Serbien und anderswo in Europa Jahrzehnte einer offiziellen atheistischen Erziehung ebenso überlebt wie die damit verbundene Repression des Religiösen. Die Kapitulation der marxistisch-leninistischen Erlösungsdoktrin hat die Renaissance einer unter dem Deckmantel antireligiöser Aufklärung überlebenden in Form in einem nationalen, zumindest latent auch nationalistischen Erscheinungsbild der Religion ermöglicht. (Burleigh 2006, 415–449) Das Bedürfnis nach einer „heiligen Sache“, nach einer Fahne, hinter der zu marschieren so viele bereit sind, erlaubt nahtlose Übergänge von ganz links nach ganz rechts. Der politische Messianismus kann die verschiedensten Formen des Extremismus annehmen.



BERNHARD WEIDINGER

**„IM NATIONALEN ABWEHRKAMPF
DER GRENZLANDDEUTSCHEN“**AKADEMISCHE BURSCHENSCHAFTEN
UND POLITIK IN ÖSTERREICH NACH 1945

Bernhard Weidinger erörtert die Rolle akademischer Burschenschaften im politischen Geschehen der Zweiten Republik Österreichs. Basierend auf der Auswertung von umfangreichem, bislang von kritischer Forschung nicht erschlossenem Quellenmaterial behandelt er eine Vielfalt an Aspekten: von der Restauration des deutschnationalen Verbindungswesens nach 1945 über den burschenschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit bis hin zum Einfluss der Verbindungen auf die Entwicklung der FPÖ. Das burschenschaftliche Weltbild beschreibt Weidinger als durch deutsch-völkischen Nationalismus und ein spezifisches, quasi-soldatisches Männlichkeitsbild geprägt. Burschenschaften erscheinen in seiner Darstellung letztlich als anachronistisches Kuriosum und politisch hochrelevant zugleich.

2015. 632 S. 7 GRAF. GB. 170 X 240 MM | ISBN 978-3-205-79600-8

Die extremen Linken und die extremen Rechten sind einander in manchen Anliegen näher, als ihnen lieb sein kann. Wo sie einander bekämpfen oder in Gegnerschaft zur EU stehen, erzielen sie doch immer wieder unbeabsichtigt gemeinsame tagespolitische Erfolge. In seinem neuen Buch erklärt Anton Pelinka, warum dies so ist und welche Auswirkungen dies auf die Europäische Union hat.



9 783205 795742

ISBN 978-3-205-79574-2 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM